

Freies Wort

Ressort [Bad Salzungen](#)

Erschienen am 20.01.2011 00:00

"Die Leute können rechnen"

Der Forderungskatalog der Bürgerinitiative gegen überhöhte Kommunalabgaben stand im Mittelpunkt des Gesprächs zwischen Bürgern und WVS-Werkleitung.

Bad Salzungen - Zehn Punkte hat der Forderungskatalog der Bürgerinitiative gegen überhöhte Kommunalabgaben Bad Salzungen und Umgebung (BI). Darunter sind solche wie die sofortige Abschaffung der Abwasserbeiträge, die Überarbeitung der Gebührenstruktur von Wasser- und Abwassergebühren, die Reduzierung der Investitionen sowie der Schuldenabbau. Auch fordert die BI die Namen der Verantwortlichen, die für die Investitionen beim WVS in den 90er Jahren verantwortlich waren.

Ein Jahr lang hatte die Bürgerinitiative um diesen Gesprächstermin gerungen. WVS-Verbandsvorsitzender und Kreisstadt-Bürgermeister Klaus Bohl (Freie Wähler) hatte zwar immer Gesprächsbereitschaft signalisiert, aber darauf bestanden, dass die Forderungen vor dem Gespräch mit der BI zuerst im Verbraucherbeirat diskutiert werden. Nachdem das abgearbeitet war, kam es nun am Dienstagabend nach einem Jahr zu dem Gespräch zwischen WVS-Werkleitung, dem Verbraucherbeirat und Mitgliedern der Bürgerinitiative. Von den geladenen Landtagsabgeordneten hatte nur Frank Kuschel (Linke) den Weg nach Leimbach ins " Weiße Roß" gefunden.

Nur rund 20 Bürger verfolgten das Gespräch. Der Versuch den ganzen Fragenkatalog abzuarbeiten, scheiterte. Grund war einfach die zu knapp bemessene Zeit. BI-Vorsitzender Gundolf Troppa brach nach fast dreistündiger Debatte die Veranstaltung ab. Man vereinbarte jedoch für Anfang April den Fortsetzungstermin. Er soll dann in Bad Salzungen stattfinden, um Bürgermeister Bohl entgegenzukommen, der als Verbandsvorsitzender des WVS nur Termine in Bad Salzungen wahrnehmen will und am Dienstag eindeutig klarstellte, dass dieser Termin in Leimbach für ihn nur eine Ausnahme sein kann.

Abwasserbeiträge

Eine der wichtigsten Forderungen der Bürgerinitiative ist die Abschaffung der Abwasserbeiträge. "Aus Sicht des Verbandes ist eine solche Forderung nicht durchsetzbar", sagte Verbandsvorsitzender Klaus Bohl unumwunden. Werkleiter Heiko Pagel unterlegte das mit Zahlen. Lege man die Zahlen von 2010 zugrunde, würde eine Abschaffung der Beiträge im Abwasserbereich eine horrende Steigerung der Gebühren zur Folge haben. Betragen die Gebühren zurzeit im Abwasser 2,26 Euro pro Kubikmeter (ohne Grundgebühr), so würden sie sich auf knapp fünf Euro pro Kubikmeter erhöhen.

Aus Sicht des Verbandes sei wichtig, so Pagel, dass die Regelungen bei Wasser, wo die Beiträge abgeschafft wurden und das Land Zinsbeihilfen zahlt, beibehalten werden und auch im Abwasser die Privilegierungstatbestände erhalten bleiben. Ein Bürger wollte wissen, warum dann viele Verbände, darunter auch die Stadt Erfurt, bis heute keine Beiträge erheben. Udo Schilling, Mitglied des WVS-Werksausschusses und Bürgermeister der Moorgrund-Gemeinde, verwies auf die rechtlichen Grundlagen und die unterschiedlichen Bedingungen der einzelnen Verbände. Rechtlich sei klar, dass Abwasserbeiträge zur Finanzierung der

Investitionen im Abwasser erhoben werden müssen. Dass 47 Verbände das bisher nicht tun, liege daran, "dass sie noch nicht so weit sind, die Kläranlage beispielsweise noch nicht fertig ist". Als Beispiel nannte Schilling die Gemeinde Marksuhl. Wenn die Kläranlage dort einmal fertig sei, müsse auch diese Gemeinde Abwasserbeiträge erheben.

Selbst das Mitglied des Landtages Frank Kuschel (Linke) sagte, dass eine völlige Abschaffung der Abwasserbeiträge im Verbandsgebiet des WVS nicht möglich sein werde. Der WVS Bad Salzungen habe sehr ungünstige Bedingungen. Die einzige größere Stadt sei Bad Salzungen mit knapp 16 000 Einwohnern. Die restlichen 59 000 Abnehmer kommen vom flachen Land. Viele Verbände hätten wenigstens die Hälfte der Verbraucher in großen Ballungszentren konzentriert. Allerdings, so Kuschel, sollte im Verband über eine Reduzierung der Beiträge nachgedacht werden. Nur noch 14 Aufgabenträger hätten einen Abwasserbeitrag von über drei Euro pro Quadratmeter Fläche. Wenn man diesen Beitrag beispielsweise um zwei Euro reduziere, ergebe sich eine Steigerung der Gebühren von 23 bis 28 Cent pro Kubikmeter Abwasser

Grundlagen falsch

Gundolf Troppa, Vorsitzender der Bürgerinitiative gegen überhöhte Kommunalabgaben Bad Salzungen und Umgebung (BI) und auch BI-Mitglied Jürgen Adler machten noch einmal auf die für sie falschen Grundlagen der Beitragsberechnung aufmerksam. Die Menschen verstünden nicht, was Abwasserbeiträge mit der Grundstücksfläche und der Geschosshöhe zu tun haben. Das produziere Ungerechtigkeit. Denn die Oma, die allein im Haus lebe, müsse bei gleicher Grundstücksgröße für ihr kleines Häuschen genauso viel Beitrag zahlen wie die fünfköpfige Familie.

Heftig gestritten wurde erneut über Sinn und Unsinn zentraler Kläranlagen. Hans-Gerd Oetzel und Wolfgang Held aus Unterbreizbach stellten erneut die Kläranlage in Unterbreizbach in Frage und wollten wissen, wieso die Ortsteile Räsa und Pferdsdorf angeschlossen werden müssen. Statt einen Aschehaldesammler mit 2,3 Millionen Euro zu bauen, sollte das Fördergeld den Menschen lieber für Kleinkläranlagen ausgereicht werden. Pagel forderte die Unterbreizbacher auf, endlich die Beschlüsse des eigenen Gemeinderates dazu zu akzeptieren.

Martin Henkel, BI Schweina, warnte davor, immer nur rückwärts zu diskutieren. Die Kläranlagen seien Tatsachen. Nun sollte sich der Verband ein neues Standbein suchen, und die Menschen beim Betreiben und bei der Wartung ihrer Kleinkläranlagen unterstützen. Bohl verwies darauf, dass sich die Bewegung längst umgekehrt habe und Menschen, die vom WVS nicht angeschlossen werden sollen, beispielsweise in Hohleborn oder Wildprechtroda, darum bitten, zentrale Lösungen zu schaffen. "Die Leute können rechnen", sagte Bohl. Und Schilling ergänzte, dass eine Vollbiologie für den Einzelnen teurer komme, als der Anschluss an die zentrale Kläranlage. Im Wartburgkreis liege der durchschnittliche Beitrag bei knapp 3000 Euro, eine Kleinkläranlage koste aber zwischen 3000 und 5000 Euro plus jährlicher Energie- und Wartungskosten.

Sehr sachlich verlief die Debatte darüber, inwieweit man bei Wasser und Abwasser nicht die Grundgebühr senken und dafür die Leistungsgebühr erhöhen sollte. Von der jetzigen Regelung profitierten vor allem Familien mit Kindern, benachteiligt seien Einpersonenhaushalte. Egal wie man es regele, Gerechtigkeit werde es nicht geben, sagte Pagel. Der Verband signalisierte allerdings dazu Gesprächsbereitschaft. Pagel machte allerdings auf die wachsenden Bereitstellungskosten des Verbandes aufmerksam, bevor überhaupt ein Tropfen Wasser aus dem Hahn fließt und ein Liter Abwasser entsorgt ist.

Demografie

Kein Patentrezept gab es für den demografischen Wandel. Aber Udo Schilling zeigte sich davon überzeugt, dass man sinkende Einwohnerzahlen in der Fläche und im Verband besser verkraften könnte, als der Einzelne mit einer Kleinkläranlage. Für eine Familie sei die Vollbiologie vielleicht noch zu verkraften. Lebe aber die Oma allein im Haus, werde es eine große Belastung.